



Deutsch Palästinensische Gesellschaft e.V.

Präsident

Nazih Musharbash

Vizepräsidenten

Dr. Detlef Griesche

Ursula Mindermann

Gisela Siebourg

Dr. Ribhi Yousef

Kontakt:

Nazih Musharbash

Hagenberg 58

49186 Bad Iburg

Musharbash@dpg-netz.de

Rundbrief November 2019

Stellungnahme der DPG zur Entscheidung der USA

Die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. verurteilt die Ankündigung der US-Regierung, die jüdischen Siedlungen im besetzten Palästina nicht länger als Verstoß gegen internationales Recht anzusehen, auf das Schärfste. Die DPG begrüßt die Stellungnahme der Europäischen Union, die "alle Siedlungsaktivitäten ... nach dem Völkerrecht" als illegal ansieht und die Pressemitteilung des Auswärtigen Amtes vom 19.11.2019.

Am 18.11. 2019 verkündete der Außenminister der USA Pompeo einen weiteren Schritt der radikalen Abkehr von der früheren Nahostpolitik. Nach Anerkennung der Annexion der Golanhöhen, der Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem und der Mittelstreichung für die UNWRA wird der israelische Siedlungsbau im besetzten Westjordanland nicht mehr kategorisch als völkerrechtswidrig betrachtet. Er sei nicht mehr "per se unvereinbar mit internationalem Recht". Pompeo argumentiert, dass die USA nach eingehender Rechtsprüfung zu dem Schluß gelangt seien, dass "es niemals eine gerichtliche Lösung des Konflikts geben" könne und "Argumente, wer völkerrechtlich Recht hat und wer nicht, bringen keinen Frieden".

Nur eine "politische Lösung" brächte den Frieden.

Dieser Zynismus ist schon bemerkenswert angesichts der Entwicklung des zunehmenden Landraubs und des völkerrechtswidrigen verstärkten Siedlungsbaues gegen den sich umgehend auch die EU durch die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini ausgesprochen hat.

Es bleibt zu wünschen, dass sich auch die Bundesregierung durch Außenminister Maas dieser klaren und unmissverständlichen Beurteilung anschließt und der Europabeauftragten den Rücken stärkt, wie es auch schon mehrere Organisationen wie die ärztliche Friedensorganisation IPPNW u.a. gefordert haben.

Noch immer gilt nach internationalem Recht, dass in einer Besatzungszeit keine fremde Zivilbevölkerung in besetzten Gebieten angesiedelt werden darf.

Nach internationalem Recht gelten alle Siedlungen, die östlich der "grünen Linie" sukzessive gebaut wurden, als illegal. Es zeigt sich, dass sich die USA und Israel weiterhin und vermehrt über internationales Recht hinwegsetzen und der Verweis auf "politische Lösungen" Vernebelungsrhetorik ist.

Diese nach internationalem Recht illegalen Siedlungen sind nach israelischem Recht legale israelische Städte und Dörfer, die einem langfristig angelegten Siedlungsplan der Regierung entsprechen. Heute leben dort mehr als 600.000 israelische Siedler*innen in mehr als 200 Siedlungen.

Dagegen erhalten palästinensische Familien weder im besetzten Westjordanland noch im annektierten Jerusalem eine Baugenehmigung. Bauen Palästinenser dennoch auf ihrem eigenen Land ohne Genehmigung, zeitigt das hohe Geldstrafen oder hat sogar den Abriss der Häuser zur Folge. Zudem führt der zunehmende illegal Siedlungsbau zu zusätzlichen Zerstückelungen der palästinensischen Gebiete und weiteren Einschränkungen der Bewegungsfreiheit der einheimischen Palästinenser. Dadurch werden Angriffe von jüdischen Siedlern auf palästinensische Felder und Bauern verstärkt. Eine von israelischen Behörden kaum bis gar nicht verfolgte Straftaten, die nur durch friedensorientierte vor Ort agierende NGOs öffentlich werden.

All dem wird jetzt zur Freude der rechtslastigen israelischen Regierung durch die USA der Schein von Rechtstaatlichkeit verliehen.

Die DPG begrüßt die Stellungnahme der Europäischen Union, die "alle Siedlungsaktivitäten ... nach dem Völkerrecht" als illegal ansieht. Auch die Pressemitteilung des Auswärtigen Amtes vom 19.11.2019 wird von der DPG positiv und zur großen Erleichterung zur Kenntnis genommen.

Im Auftrag des Präsidiums

Dr. Detlef Griesche

Vizepräsident der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e.V.

Auswärtiges Amt zu israelischem Siedlungsbau - 19.11.2019 - Pressemitteilung

Anlässlich der Aussagen von US-Außenminister Pompeo zur völkerrechtlichen Bewertung von israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten erklärte eine Sprecherin des Auswärtigen Amtes heute (19.11.):

Die Bundesregierung bekräftigt ihren Standpunkt zur israelischen Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten. Der Siedlungsbau ist aus Sicht der Bundesregierung völkerrechtswidrig, beeinträchtigt die Möglichkeit eines Friedensprozesses und erschwert eine verhandelte Zwei-Staaten-Lösung. Wir weisen in diesem Zusammenhang auf Resolution 2334 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen hin, die diese völkerrechtliche Bewertung bekräftigt.

Die Bundesregierung wird sich weiterhin gemeinsam mit ihren Partnern in der Europäischen Union für eine einvernehmliche Verhandlungslösung einsetzen, die den legitimen Forderungen beider Konfliktparteien gerecht wird.

<https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/israelischer-siedlungsbau/2277674>

Auf ein Wort

Die Entscheidung der USA, israelischen Siedlungsbau zu billigen, und diesen nicht mehr als völkerrechtswidrig zu werten, ist an sich ein Völkerbruch des Völkerrechts. Sie vervollständigt die Netanjahu-hörige Politik des amerikanischen Präsidenten Donald Trump. Um den schwachen Netanjahu zu stärken hat Trump viele - international gesehen - Fehlentscheidungen getroffen: Trump ließ die amerikanische Botschaft nach Jerusalem verlegen, erkannte die völkerrechtswidrige Annektierung der ganzen Stadt Jerusalem und der Golanhöhen als Bestandteil Israels an. Er wird die Einverleibung des Jordan-Tals mit der bevorstehenden Vertreibung der palästinensischen Einwohner akzeptieren. Und jetzt steht er seinem Schützling Netanjahu bei und gibt ihm frei Hand für die Annektierung der gesamten besetzten Gebiete bis auf die wenigen von Palästinensern bewohnten und dicht eingemauerten Städte. Dass alles gegen das Völkerrecht, zuungunsten der Palästinenser und ohne jegliche Verhandlung geschieht, ist einmalig. Israel ist auf dem Weg einen Staat für zwei Völker zu werden. Eigentlich wäre das eine gute Option, nicht aber wenn weiterhin in diesem Gebilde Besatzer und Besetzte mit unterschiedlichen Rechtssystemen leben: in Israel eine rechtsstaatliche Gesetzgebung und für die Palästinenser eine israelische Militärverwaltung. Die besetzten Gebiete nun als Kriegsbeute zu behandeln, führt nicht dazu, dass die USA und Israel neue Freunde gewinnen.

Nazih Musharbash

Präsident der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e.V.